

Japan im Kräftespiel Ostasiens

Folgen und Begleiterscheinungen der China-Politik der USA

Im Augenblick, da sich die Entwicklungen in Asien fast überschlagen, erhält die Frage nach Japans künftiger Stellung und Politik eine besonders große Bedeutung. Die Annäherung zwischen den USA und der Volksrepublik China zeigt ebenso ihre Auswirkungen auf die Haltung Japans wie der indisch-pakistanische Krieg. Die festgefahrenen Vietnam-Verhandlungen, wachsende sowjetische Präsenz in Ostasien bei sich abzeichnendem Rückzug der Amerikaner, Militärputsch in Thailand, Krieg in Kambodscha, Ausnahmezustand in Südkorea, Guerillakämpfe in Malaysia und Unruhen auf den Philippinen — alles deutet auf schwerwiegende Veränderungen und eine lange Zeit weiterer, teilweise blutiger Auseinandersetzungen hin. Asien bleibt vorerst in der *Zerreißprobe* zwischen gewollter und auferlegter Bevormundung durch nicht-asiatische und asiatische Großmächte. China meldet seine Ansprüche an und konnte durch die Aufnahme in die Vereinten Nationen einen ersten großen Erfolg verbuchen. Japans Aufstieg schien unaufhaltsam und als Alternative zu China attraktiv zu sein.

Doch plötzlich zeigt sich, daß langfristige Prognosen nur schwer zu stellen sind. Nichts scheint gegenwärtig in der asiatischen Politik auf Dauer angelegt zu sein. Bündnispartner werden ausgewechselt oder im Stich gelassen, neue Koalitionen bieten sich an. Und die in den letzten Jahren so selbstsicher auftretenden chinesischen Politiker werden derzeit von heftigen internen Machtkämpfen an der Spitze erschüttert. Außenpolitisch sieht es in Asien momentan so aus, als gehe man nun endlich daran, das *Erbe des Korea-Krieges* zu beseitigen. Bis 1950 hatten die Amerikaner z. B. die Absicht, der Aufnahme der Volksrepublik China in die UN zuzustimmen. Doch dann wurde China zum Aggressor in Korea erklärt und blieb bis jetzt ausgeschlossen. Das gesamte Taiwan-Problem (vgl. HK, Dezember 1971, 578) kam im Grunde durch den Korea-Krieg auf — nun muß in Kürze eine Lösung gefunden werden. Die fast schon an Adoption grenzende enge Bindung Japans an die USA und auch die Umgehung der Verfassung im Punkt „Wiederbewaffnung“ rühren vom Koreakrieg her. Erst jetzt scheinen sich die Bindungen in Richtung Selbständigkeit zu lösen.

Die Schocks des letzten Jahres

Zweimal im vergangenen Jahr mußte Japan die bittere Erfahrung machen, daß der seit 1945 als Protektor fungierende Partner USA einschneidende politische Entscheidungen ohne vorherige Konsultationen traf. Die unerwartete Ankündigung des Nixon-Besuches in Peking und die Japan besonders schwer treffenden wirtschaftlichen Maßnahmen Washingtons (zehnprozentige Einfuhrabgaben, Importbeschränkungen) belasteten das durch den „Textil-Krieg“ und die Okinawa-Frage ohnehin schon stark lädierte Verhältnis der einstigen Partner in großem Maße. Gleichzeitig gab diese Entwicklung den verschiedenen Kräften der Rechten und Linken eine Menge Spreng-

stoff für den Kampf gegen die Regierung *Sato*. Die Außenpolitik der Regierung wird attackiert. Dies hat eine innenpolitische Spannung und teilweise Neuentwicklung zur Folge. Steigende Preise und wirtschaftliche Abschwächung bewirken zusätzliche Krisen. Die psychologischen Auswirkungen auf die Gesamtbevölkerung sind noch nicht abzusehen. Doch wird Japan in den kommenden Monaten mehr als bisher seine Stellung zwischen Ost und West, zwischen Tradition und westlich orientiertem Fortschritt, zwischen Selbstbeschränkung und Expansion, zwischen Isolation und partnerschaftlicher Öffnung nach Asien hin überdenken bzw. erkämpfen müssen. Manches liebgewordene Klischee kann dabei zerbrechen. Verständlich wird vieles durch die Kenntnis der Ereignisse und Entwicklungen seit 1945 (vgl. HK, September 1970, 418). Japan wird sich jetzt entscheiden müssen, ob es dem Wunsch vieler kleiner Staaten nach Führung in Asien als *Gegenpol zu China* nachkommt oder der weiter bestehenden Furcht anderer Staaten vor einer neuen Expansion Japans Rechnung trägt.

Rückblickend erscheint es als sehr interessant, daß Japan jetzt genau vor den Entscheidungen steht, die die Kommission „*Justitia et Pax*“ der japanischen Bischofskonferenz (also der Vertretung einer verschwindend kleinen Minderheit von 357 000 Katholiken unter 105 Millionen Japanern) bereits Ende Februar 1970 in einer „Erklärung zum Weltfrieden“ (vgl. HK, April 1970, 189) als vordringlich herausgestellt hatte: 1. drohende Wiederbewaffnung mit konventionellen Waffen oder Verzicht auf Aufrüstung, 2. Nuklearbewaffnung oder lediglich friedliche Nutzung der Kernenergie, 3. Nationalismus oder Kooperation, 4. wirtschaftlicher Kolonialismus oder Entwicklungshilfe für die asiatischen Nachbarn, 5. Materialismus oder Rückbesinnung auf traditionelle Werte und Hilfe für die Unterprivilegierten.

Das gespannte Verhältnis zu den USA

Alle genannten Fragen stehen in enger Verbindung zur Frage des Verhältnisses USA — Japan. Ohne die Hilfe der USA wäre Japan wahrscheinlich nicht so schnell aus der Misere der Nachkriegszeit herausgekommen. Japan war gedemütigt und geschlagen, von den einstigen Plänen einer asiatischen Vormachtstellung war nichts mehr geblieben. Bis heute haben die Japaner auch noch nicht verwunden, daß sie die bisher einzigen Opfer eines Atomwaffeneinsatzes geworden sind. Die Amerikaner waren die Sieger und Besatzer, sie bestimmten die neue Verfassung und die „Degradierung“ des Tenno. Von jeher hatten die Amerikaner ein besseres Verhältnis zu den Chinesen, die Japaner erschienen ihnen schon früh als suspekt und als Konkurrenten. Nach der Niederlage von 1945 konnte kaum mit einer großen Begeisterung Japans für eine enge Bindung an die USA gerechnet werden. Doch verhielten sich die USA äußerst klug und gewannen so doch schneller an Vertrauen. Mit Ausbruch des Korea-

Krieges entschied sich, daß Japan der natürliche Bündnispartner der USA wurde — allerdings ohne jedes militärische Engagement. Lediglich eine starke Polizeireserve, später „Selbstverteidigungstruppe“ genannt, stellten sie auf. Dafür konnten die USA von japanischem Territorium aus den Krieg führen und Japan in eine Stützpunktkette rings um Festlandchina einbeziehen. Ähnlich ist das Verhalten Japans seit *Beginn des Vietnam-Krieges*. Die japanische Wirtschaft macht riesige Gewinne (und soll sich vor den Ende des Krieges „fürchten“), materielle oder personelle Unterstützung erhalten die USA dafür jedoch nicht.

Diese Linie haben die Japaner fast ausschließlich verfolgt. Große Verpflichtungen sind sie nicht eingegangen. Statt dessen haben sie in jahrelangen Bemühungen und mit großem Fleiß ihre wirtschaftlichen Positionen ausgebaut. Die gesamte Energie schien sich auf dieses Ziel zu richten. Der *Art. 9 der Verfassung* von 1947, der in der Beurteilung zwischen der Bezeichnung „erster echter Friedensartikel“ und „Täuschungsmanöver“ schwankt, wurde dabei oft als gutes Alibi benutzt. Heute spielt dieser Artikel bei der Neubestimmung und Positionsüberprüfung eine große Rolle: „In dem aufrichtigen Bestreben nach internationalem Frieden auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Ordnung verzichtet das japanische Volk für immer auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Drohung oder den Gebrauch von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Konflikte. Um das Ziel dieses Artikels zu erreichen, werden niemals Land-, See- und Luftstreitkräfte und auch anderes Kriegspotential unterhalten. Das Recht auf Kriegführung wird dem Staat nicht mehr zuerkannt.“

Schon die Aufstellung der Polizeireserve und der heutigen „Selbstverteidigungskräfte“ wurden nachträglich für verfassungskonform erklärt. Diese Auslegung macht deutlich, wie unsicher der Verlaß auf einen solchen Artikel sein kann. In bezug auf die USA verstanden es die Japaner bisher aber immer, ihn als Grund für ihre fehlende Verteidigungsbereitschaft herauszukehren. Bisher hatte man angenommen, der *Verzicht auf Wiederbewaffnung* sei einem durch die schrecklichen Erfahrungen des Krieges verursachten Pazifismus japanischer Regierungsstellen entsprungen¹. Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek“ (4. 10. 71) konnte indes aus Aktenunterlagen eindeutig nachweisen, wie sehr sich die Japaner bis zuletzt gegen diese von General *MacArthur* auferlegte Klausel wandten. Heute schwanken die USA zwischen dem Wunsch nach einer Annullierung dieser Bestimmung und der Furcht vor zu großer Selbständigkeit der Japaner auch auf diesem Gebiet.

Wirtschaftliche Rivalität

Die Basis für die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern bilden der Friedensvertrag von 1952 und der amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag von 1960, der 1970 nach heftigen innenpolitischen Demonstrationen mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr bis auf weiteres verlängert wurde. Unter dem amerikanischen Schutzschild und ohne eigene große Ausgaben für die Verteidigung errang die japanische Wirtschaft einen Erfolg nach dem anderen und brachte Japan so auf Platz 3 der Industrienationen. Seither schwanken die Amerikaner auch hier zwischen Bewunderung und Furcht. Letztere scheint aber neuerdings zu überwiegen. Es war für Japan zunächst nicht

schwer, den *amerikanischen Markt* mit seinen preiswerten und guten Waren zu erobern. Doch mittlerweile stellen sie die bisher größte Herausforderung auf wirtschaftlichem Gebiet dar, die die USA je in ihrer Geschichte erlebt haben. 30,7% aller Exporte Japans gehen in die USA. Durch strenge protektionistische Maßnahmen Japans jedoch gibt es umgekehrt nur einen viel kleineren Warenstrom Richtung Japan. Im letzten Jahr betrug das amerikanische Handelsdefizit gegenüber Japan 2,8 Milliarden US- $\text{\$}$.

Seit langer Zeit zeichneten sich Rivalitäten besonders auf dem *Textilsektor* ab. Präsident *Nixon* hatte vor allem den amerikanischen Südstaaten im Wahlkampf eine Eindämmung der japanischen Textilimporte versprochen. Die Japaner hatten bei den Vorverhandlungen für die Rückgabe Okinawas ihrerseits versprochen, freiwillige Selbstbeschränkung in diesem Bereich zu üben. Doch blieb es bei diesen Versprechungen. Während sich die USA an das Okinawa-Versprechen hielten, geschah seitens Japans nichts. Die starke Industrie-Lobby setzte die Regierung Sato unter Druck. Erst durch die Verhängung einer zusätzlichen Importabgabe von 10% kam die Frage wieder ins Rollen. Japan sah sich davon besonders bedroht. Erst unter diesem Druck fand man sich zu einer Einigung bereit. Am 15. Oktober 1971 wurde ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet, daß bei Festsetzung einer niedrigen Importquote die zehnpromtente Importsteuer außer Kraft setzt.

Unter dem Druck der drohenden *Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung Nixon* und der währungspolitischen Auseinandersetzungen sah sich Japan außerdem Anfang Juni gezwungen, ein 8-Punkte-Programm zu verabschieden, das viele Forderungen für den außenwirtschaftlichen Bereich — also auch über den Rahmen des Handels mit den USA hinaus — berücksichtigt. Demnach wollen sich die Japaner zu einer Einfuhr liberalisierung entschließen, Entwicklungsländern Zollpräferenzen einräumen, Zölle für bestimmte Konsumgüter senken, ausländische Investitionen bis auf sieben Zweige liberalisieren, die *Entwicklungshilfe* qualitativ und quantitativ verbessern und „unter Berücksichtigung des zu erwartenden Konjunkturablaufs . . . die Investitionen der öffentlichen Hand — wenn notwendig — erhöhen“². Nach den Worten des japanischen Botschafters in der Bundesrepublik ist dieses Programm als ein „Teil der neuen Wirtschaftspolitik“ anzusehen. Bisher habe man sich ausschließlich dem Ziel gewidmet, „Japan in einen modernen Industriestaat umzuwandeln“. Nun aber stelle sich die Aufgabe, „die entstandenen Ungleichgewichte zu beseitigen, um den Weg für eine neue Prosperität frei zu machen . . . Die *langfristigen Ziele der japanischen Außenwirtschaftspolitik* müssen auf eine internationale Arbeitsteilung und auf die Erschließung der Auslandsmärkte im Rahmen eines ‚orderly marketing‘-Systems gerichtet sein“. Wenn es den Japanern mit dieser Politik ernst ist, würden sie nicht nur den Wünschen und langjährigen Vorstellungen vieler anderer Staaten nachkommen, sondern auch weitverbreitete Skepsis, Vorurteile und Furcht beseitigen und in Asien zu prosperierenden Entwicklungen beitragen können, die dort dringend benötigt und gefragt sind. Allerdings lohnt sich bei dieser Diskussion der Hinweis, daß man die japanischen Exporte auch nicht allzusehr überschätzen soll. „*Le Monde*“ (7. 12. 71) machte darauf aufmerksam, daß immerhin nur 10% der gesamten Produktion Japans ins Ausland gehen, da die Japaner selbst die größten Konsumenten ihrer Produkte sind.

Psychologische Aspekte

Das Textilabkommen und das 8-Punkte-Programm sowie ein eventuelles Einlenken Japans in der Frage der Yen-Aufwertung können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in den letzten Jahren auf beiden Seiten eine Fülle von Vorurteilen und Differenzen entwickelt hat. „Über Nacht ist aus dem amerikanischen Freund und Protektor ein hart, ja brutal vorgehender Gegenspieler geworden, der mit massiven Pressionen und Ultimaten operiert. Die Wirkungen gehen über den Bereich robuster politischer und geschäftlicher Praktiken hinaus in die empfindlichere Sphäre von psychologischen Unwägbarkeiten. Ob und wie sich diese Konsequenzen mit dem ‚Großen Entwurf‘ der amerikanischen Politik für Asien reimen und sich dort einbauen lassen, steht dahin“ (NZZ, 14. 11. 71). Hier stehen sich plötzlich der berechnete Stolz Japans und das jahrzehntelange Überlegenheitsgefühl der USA gegenüber. Die Debatten im amerikanischen Senat über das *Okinawa-Abkommen* machten deutlich, wie verbreitet die Animosität gegenüber dem fernöstlichen Partner ist. Es zeigte sich, daß viele Senatoren die Ursachen für die Krise und Arbeitslosigkeit in der amerikanischen Textil-, Schuh- und Glasindustrie, aber auch in der Elektronik- und Autoindustrie bei den Japanern sehen. Sie fühlen sich bedroht und betrogen. Dabei sind sich Unternehmer und Gewerkschaftler einig. Eine Neuauflage des Schlagwortes von der „Gelben Gefahr“ deutet sich an. Man fragt in den USA verwirrt, ob das der Dank für die amerikanische Nachkriegshilfe sei. In die Argumentation schleicht sich unversehens auch der Hinweis auf angeblich wachsenden Nationalismus und Militarismus. Damit begibt man sich unwillkürlich auf das Gebiet der Spekulation und pauschalen Verurteilung. Die Atmosphäre ist schnell damit vergiftet.

Die Japaner ihrerseits weisen darauf hin, daß sie sich nun — wenn auch teilweise unfreiwillig — von der *amerikanischen Vormundschaft* „freigeschwommen“ haben. So läßt sich auch erklären, daß sie bei allem Ärger über die amerikanischen Pressionen in Richtung Yen-Aufwertung ihren Stolz über den soliden Stand ihrer eigenen Währung nicht verhehlen können. Jede statistische Angabe, die ein erneutes Überholen eines anderen Landes auf irgendeinem Gebiet zum Ausdruck bringt, wird von der Presse groß herausgestellt und von der Bevölkerung begierig aufgegriffen. Mit dem Anspruch, „*Sekai-ichi*“ (das Beste der Welt) auf allen Gebieten zu haben, treten sie in Konkurrenz zu der schon legendären Prahlerei des „Landes der unbegrenzten Möglichkeiten“. Nur haben die Amerikaner diese Worte nie so ernst genommen wie die Japaner, die es fast als Gebot betrachten, alles nur Mögliche zur Erreichung dieses Zieles zu tun. In diesem Komplex hat sich nicht nur ein großes Selbstvertrauen, sondern auch ein Nationalstolz entwickelt, der vielleicht augenblicklich nur mit dem der Volksrepublik China verglichen werden kann. *Umfragen* haben ergeben, daß sich vor 18 Jahren nur 20% der Japaner dem Westen überlegen fühlten. 1968 waren es bereits 47%, und heute scheint die Zahl sich auf 60% hin zu entwickeln. Lange Zeit beherrschte ein tiefer, vielleicht unbewußter Drang die Japaner, alles zu bewundern, was aus dem europäischen oder amerikanischen Bereich stammte. Jetzt verbreitet sich die Ansicht, daß man genausogut sei, genauso fähig, ebenbürtig, vielleicht überlegen. Aus dem Minderwertigkeitsgefühl gegenüber Europa und Amerika hat sich in letzter Zeit

eine Überheblichkeit gegenüber den asiatischen Nachbarn entwickelt.

Lediglich die Volksrepublik China scheint in der Lage und entschlossen zu sein, diese Überlegenheit zu stoppen und ihrerseits Vormachtansprüche für Asien anzumelden. Bis Mitte des vergangenen Jahres gab es keine Differenzen bezüglich der China-Politik der USA und Japans. Beide Staaten unterstützten die Politik und Position Nationalchinas auf der Insel Taiwan und zeigten sich entschlossen, nichts daran zu ändern. Schon im Zusammenhang mit dem japanisch-amerikanischen Friedensvertrag von 1952 hatte der damalige Ministerpräsident, *Shigeru Yoshida*, auf Veranlassung von *J.F. Dulles* einen Brief an Präsident *Tschiang Kai-schek* schicken müssen, in dem er versprach, daß Japan *nie* wirtschaftliche oder politische Beziehungen zur Volksrepublik China aufnehmen werde. Politisch hielt man sich seitens Japan bisher an diese Richtlinie, doch die Wirtschaftsbeziehungen entwickelten sich zu den besten, die China überhaupt aufzuweisen hat. Allein 1970 betrug das Handelsvolumen 800 Millionen Dollar.

Ob es aber um die Frage der chinesischen UN-Repräsentation oder um eigene politische Kontakte zum Festland ging, immer bremste die Regierung mit dem Hinweis auf den „Yoshida-Brief“ und das Versprechen gegenüber dem amerikanischen Partner. Erst Ende 1969 vereinbarten beide Regierungen, sich vor allen China betreffenden Fragen zu konsultieren. Doch im Falle der wichtigen Änderung der amerikanischen Chinapolitik, d. h. bei der Bekanntgabe der *Kissinger*-Sondierungen in Peking und des kommenden Besuches von Nixon wurden die Japaner erst drei Minuten vor der öffentlichen Bekanntgabe unterrichtet. Sie empfanden dies als Schock und Beleidigung, als Verrat.

Die chinesische Strategie

Seit Jahren gab es ernsthafte Bestrebungen in Japan, mit Festland-China gute Beziehungen aufzunehmen. Die alte Rivalität sollte überwunden werden. Aus Loyalität zu Amerika kam es aber nur zu inoffiziellen Kontakten, besonders seitens einiger Wirtschaftskreise und Journalisten sowie kommunistischer Delegationen. Peking betreibt dabei eine genau ausgeklügelte Strategie. Gegenüber Japan schwankt es zwischen Zusage und Ablehnung, zwischen Werbung und Abweisung. China scheint in erster Linie daran interessiert zu sein, Japans wachsenden Einfluß in Asien auszustechen. Auf drei verschiedene Arten gehen die Chinesen dabei vor: 1. *Publizistisch* lassen sie keine Gelegenheit aus, auf den angeblich ständig sich vergrößernden japanischen Militarismus hinzuweisen. Angesichts der chinesischen militärischen Ausrüstung und Ausrichtung des täglichen Lebens erscheint dieser Vorwurf geradezu absurd. Doch die Art, in der die Artikel aufgemacht sind, läßt das klare Konzept erkennen, daß man alte Erinnerungen und Vorurteile über Japan damit wecken will³.

2. *Wirtschaftlich* sind sie nicht mehr so von Japan abhängig, daß sie vorsichtig sein müßten. Deshalb stellen sie neuerdings Bedingungen für zukünftige Wirtschaftskontakte⁴. Demnach darf ein japanischer Handelspartner keine Beziehungen zu taiwanesischen oder südkoreanischen Firmen haben oder dort bedeutsames Kapital investiert haben. Außerdem dürfen sie keine Zulieferer für Waffen und Munition für Vietnam, Laos und Kambodscha sein.

Ausgeschlossen sind auch japanisch-amerikanische Firmen und japanische Filialen amerikanischer Unternehmen.

3. *Diplomatisch* scheinen sie neuerdings den Hebel so anzusetzen, daß sie die USA benutzen, um Japan zu verunsichern und in den zweiten Rang zu verweisen. *James Reston* von der „New York Times“ berichtete in seinem dritten „Brief aus China“ am 5. August 1971, daß Peking unter den Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA „nichts mehr als eine Schwächung statt einer Stärkung der japanischen Macht im Pazifik“ interessiere. Mit Taiwan scheint das erste Glied der Kette gelöst zu sein.

Die Japaner scheinen diese Taktik erkannt zu haben, waren aber nicht in der Lage, ihr rechtzeitig zu begegnen. Eine Ungeschicklichkeit löste die andere ab, so daß Tschou En-lai Mitte November 1971 über ein zunächst geheimgehaltenes Schreiben des Generalsekretärs der regierenden Liberaldemokratischen Partei nur das Wort „trügerisches Sendschreiben“ verlor. Zeitweilig hat Sato anscheinend versucht, noch vor Nixon in Peking zu sein, doch erhielt er von dort eine Abfuhr. Auch die Einstellung der japanischen Regierung zur *Taiwan-Frage* läßt den Japanern nur wenig Spielraum. Sato brachte zusammen mit den Amerikanern die nicht akzeptierte UN-Resolution ein (nach langen Überlegungen, viel Druck und heftigen Disputen in der eigenen Partei). Es scheint so, als sei er im übrigen ein Freund eines unabhängigen Taiwan. Die Exil-Bewegung unabhängiger Taiwanesen kann sich bis heute in Japan frei entfalten. Mit einer solchen Regierung könnte er wirtschaftlich, militärisch und politisch gut eine Schutzzone, Richtung chinesisches Festland, aufbauen — falls es nicht zu besseren Beziehungen mit den chinesischen Kommunisten kommt. An einer Einverleibung Taiwans in das Festland dürfte ihm am wenigsten gelegen sein. Bei allen Bemühungen der letzten Wochen ist eine weitgehende Handlungsfähigkeit nicht zu übersehen. Momentan scheint China Japan politisch festgelegt zu haben. Auch von Amerika hat man sich noch nicht trennen können. Es bleibt vorerst die Aufgabe, das Erbe des außenpolitischen Mottos „happo bijin“ („Schönheit nach acht Seiten“) zu beseitigen, nach dem man sich um alles kümmerte und versuchte, es allen recht zu machen. Es fehlt bis heute ein festes Konzept. Japan ist weiter auf der Suche nach nationaler und individueller Identität. Es geht dabei weniger um die Frage, ob man sich nach rechts oder links, sondern mehr darum, ob man sich nach innen isolieren oder außen zu den asiatischen Nachbarn wenden will.

Das Verhältnis zu den asiatischen Nachbarn

Durch die als Demütigung empfundene Politik der USA und teilweise Chinas scheinen sich zwei Bestrebungen in Japan breitzumachen. Die eine Gruppe will sich völlig zurückziehen und eine eigenständige, auf wirtschaftlicher und militärischer Macht begründete *unabhängige Großmacht* betreiben, die anderen sehen in regionaler partnerschaftlicher Zusammenarbeit die einzige Lösung. Auch in diese Entscheidungen spielen viele psychologische Faktoren hinein. Man will es den Chinesen zeigen, daß es auch ohne sie geht, daß man es besser kann. Man will endlich die Früchte des wirtschaftlichen Erfolges auch in der Anerkennung als Weltmacht ernten (so forderte Japan bereits im vorigen Jahr einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat). Vieles ist eine Art Trotzreaktion, manches

könnte sich zu einer gefährlichen Bewegung entwickeln. Nicht von ungefähr häufen sich die Hinweise auf *rechtsradikale Aktivitäten*, auf Bünde, die alte Ideale der Samurai wieder hochleben lassen wollen. Der spektakuläre Selbstmord des berühmten Dichters *Yukio Mishima* im November 1970 machte diesen Trend deutlich. Er wandte sich gegen den Verfall der besten Traditionen japanischer Kultur in der „korrupten Kommerzgesellschaft der Nachkriegszeit“ und forderte eine Rückbesinnung auf „die wahren Werte der Nation“ sowie eine Revision der von den Amerikanern auferlegten Verfassung. Tenno und Armee sollten wieder in ihre ursprünglichen Rechte zurückgeführt werden.

Daß dies kein Einzelfall war, bestätigten Ereignisse der vergangenen Monate. Von den 238 980 Mann der „Selbstverteidigungstreitkräfte“ ist kaum eine gewaltsame Änderung zu erwarten, doch die latenten Anschauungen in der Bevölkerung könnten bei entsprechender Agitation demnächst durchaus völlig neue Aspekte erbringen. Eine Zusammenarbeit rechtsradikaler Kreise mit Industriellen und *Gangstergruppen* wird von der Polizei bestätigt. Demnach gibt es mittlerweile rund 400 rechtsradikale Gruppen mit 120 000 Mitgliedern und 3500 Gangsterorganisationen mit 140 000 Mitgliedern⁵.

Erste Auswirkungen eines „Rückzugs“ auf die „Eigenwerte der japanischen Nation“ werden gemeldet. Fremden gegenüber spricht man vielfach nur noch japanisch, auch wenn man englisch sprechen kann. Ein Ausländer-Gesetz, das die Regierung Mitte April 1971 im Parlament einbrachte, bestätigte diesen Trend. In einer Protesterklärung des „National Council of Churches“ wurde auf die darin enthaltenen Diskriminierungen hingewiesen: „Während wir Verzeihung und Versöhnung von unseren asiatischen Nachbarn erbitten sollten, denen wir nicht wiedergutzumachende Opfer und Schäden durch unsere vergangenen Taten der Ausbeutung und Expansion auferlegt haben, bewirkt dieses Gesetz Diskriminierung und Verurteilung zum Schweigen dieser Menschen, beschränkt ihr Leben und das Leben der Fremden und negiert fundamentale Menschenrechte“ (NCNS, 14. 4. 71).

Bei den japanischen Nachbarn achtet man natürlich genau auf solche Erscheinungen. Einig sind sich fast alle, daß ein Gegenpol zur Volksrepublik China gefunden werden muß. Bisher konnte sich Japan mit Rücksicht auf China eine solche Mitarbeit nicht leisten. Erst jetzt nach den Schlägen aus Washington und Peking wäre der Weg für eine Organisation frei. Zwar hat es auch bisher schon eine Reihe von solchen Organisationen gegeben, doch konnten sie keinerlei echte Bedeutung erlangen, da ihnen die Selbstständigkeit und Handlungsfreiheit fehlte. Japan hat bisher zu wenig an echte Hilfe für seine Nachbarn gedacht. „Wir versuchten verzweifelt, die europäische Zivilisation zu meistern, und dabei verloren wir etwas sehr Wertvolles: die Liebe Asiens . . . Was war die Folge? Japan wurde im Osten das Stiefkind des Westens, und als Konsequenz scheint es jetzt sein Schicksal zu sein, das Stiefkind des Ostens zu werden.“⁶

In der wirtschaftlichen Expansion in den asiatischen Raum ging Japan bisher zu sehr von eigenen materiellen Interessen aus⁷. Erst jetzt scheint man sich bewußt zu sein, daß nur durch wirtschaftliche Unterstützung der Nachbarn auch eine wirkliche *politische Allianz* möglich ist. Denn daran scheiterten bisher alle ähnlichen Versuche. Das Gefälle zwischen den Teilnehmern war zu groß und führte

von vornherein zu einer überragenden Rolle Japans. Erst die Angst der kleineren Länder, die USA könnten sich mehr und mehr aus Asien zurückziehen, führte zu neuen Überlegungen über zukünftige Bündnisse. 1966 hatte man in Seoul die ASPAC, den sogenannten asiatisch-pazifischen Rat, gebildet, der so unterschiedliche Mitglieder wie Süd-vietnam und Australien enthält. Bisher konnte von diesem Gremium kein wichtiger Impuls ausgehen, obwohl gerade durch die Teilnahme Australiens eine einseitige Beherrschung ausgeschlossen ist (vgl. FAZ, 20. 7. 71.). Das süd-ostasiatische Verteidigungsbündnis SEATO (in dem Japan nicht vertreten ist) hat in der Vergangenheit seine Unfähigkeit weitgehend unter Beweis gestellt. Die USA sind deshalb heute sehr daran interessiert, daß Japan das durch den amerikanischen Rückzug aus Asien entstehende militärische Vakuum ausfüllt und sich Bundesgenossen sucht. Noch zeigen sich viele Schwierigkeiten bei der Verwirklichung dieses Planes. *Südkorea*, *Südvietnam* und *Taiwan* galten bisher als die natürlichen Verbündeten, bei deren Ausscheiden auch die Verteidigung Japans geschwächt wäre. Trotz enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit diesen Ländern betreibt Japan aber auch intensiven Handel mit ihren jeweiligen kommunistischen Teilen dieser Länder. Deshalb befürchten sie eine Aufweichung auch der japanischen Haltung und eine ähnlich schwache Basis für die Partnerschaft, wie sie sie teilweise bei den Amerikanern kennenlernen. Sie verlangen vorrangig eine entschiedene antikommunistische Haltung. Hier kann und möchte Japan aber nicht mitmachen. Wie weit der Vertrauensverlust bereits fortgeschritten ist, wurde deutlich, als die südkoreanische Regierung soeben den Ausnahmezustand u. a. mit dem Hinweis auf Japans schwankende Politik ausrief.

Indonesien wäre wahrscheinlich eher als Partner auf den verschiedenen Gebieten bereit, doch ist man dort in letzter Zeit wegen der zunehmenden japanischen Wirtschaftsdominanz unruhig geworden (vgl. NZZ, 20. 10. 71). Dennoch böte sich Indonesien als der ideale Partner auch in einem Sicherheitspakt an. Bereits unmittelbar nach der

Bekanntgabe der neuen amerikanischen Chinapolitik hatten einflußreiche japanische Kreise ein *pazifisches Bündnis* vorgeschlagen, das allerdings schon allein wegen seiner Ausweitung auf alle Anliegerstaaten des Pazifik (u. a. Kanada, Sowjetunion, Australien) nicht zu realisieren sein dürfte. Japan muß sich in Kürze mit der Problematik befassen und Entscheidungen treffen, denn die andere Seite ist vielfältig am Werk. Die fünf im Verband Südostasiatischer Staaten (ASEAN) zusammengeschlossenen Länder *Malaysia*, *Singapur*, *Indonesien*, *Philippinen*, *Thailand* haben am 26. November 1971 beschlossen, eine „Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität“ zu bilden. Treibende Kraft ist der malaysische Ministerpräsident *Tun Abdul Razak*, der diese Entscheidung bereits im Hinblick auf die „Nach-Vietnam-Zeit“ verstanden wissen möchte. Dann sollen auch *Kambodscha*, *Laos* und *Vietnam* für das Bündnis gewonnen werden. Mit dieser „Selbsthilfe“ soll erreicht werden, daß Asien nicht länger „Spielball der Großmachtinteressen“ ist. Noch ist über die Art des Bündnisses nichts bekannt. Es könnte aber sein, daß Japan erneut demonstriert wird, daß es politisch mobiler sein muß. Vielleicht verdichten sich demnächst die Anzeichen, daß Japan sich mehr an die Sowjetunion anlehnen will. Erst die Ergebnisse des Arrangements zwischen der Sowjetunion und den USA (außen) und China und Japan (innen) werden das zukünftige Bild Asiens bestimmen.

¹ *Hans Wilhelm Vahlefeld*, 100 Millionen Außenseiter — Die neue Weltmacht Japan, Econ-Verlag, Düsseldorf 1969, S. 216 ff.

² Zit. nach „Neues aus Japan“, hrsg. von der japan. Botschaft in Bonn, November 1971.

³ Zum Beispiel „Dem japanischen Militarismus den alten Weg der Aggression sperren“, Leitartikel der Pekinger „Renmin Ribao“ vom 18. 9. 1971, in: Peking-Rundschau, 28. 9. 1971.

⁴ *Wilfred Burchett*, Le Japon à l'heure du choix, in: Le Monde diplomatique, August 1971.

⁵ *Kōji Nakamura*, The Samurai Spirit, in: Far Eastern Economic Review, 16. 10. 1971.

⁶ *Katsuichiro Kamei*, in: Sources of Japanese Tradition, hrsg. von R. Tsunoda u. a., Columbia University Press, New York 1958, S. 900.

⁷ *Christian Uhlig*, Struktur und Strategie der japanischen Entwicklungshilfepolitik, in: Internationales Asien Forum, Juli 1970.

Diskussion und Kontroverse

Disput zum Thema Demokratisierung in der Kirche

Vom 23. bis 26. Oktober 1971 fand in der Katholischen Akademie des Erzbistums Paderborn in Schwerte/Ruhr eine Fachtagung mit Vertretern verschiedener Disziplinen zum Thema „Demokratisierung der Kirche“ statt. Die Tagung war auf Initiative von Mitgliedern des Bensberger Kreises in Zusammenarbeit mit der Akademieleitung vorbereitet worden. Unter den 34 Teilnehmern waren eine Reihe von Referenten und Gesprächspartnern vertreten, die dem Memorandum des Bensberger Kreises (Demokratisierung der Kirche, Mainz 1970) kritisch gegenüberstanden. Damit war von vornherein mit einer kritischen Weiterführung oder Korrektur des Bensberger Memorandums zu rechnen. In Wirklichkeit spielte dieses nur eine untergeordnete Rolle. Die Thesen des politischen Beirats des ZdK von Anfang August spielten höchstens im ersten

Teil der Tagung (politologische Aspekte) eine Begleitrolle. Dieser erste Teil, der fast ganz im Zeichen des Referats von Kultusminister Prof. H. Maier stand, brachte eine interessante, teils harte, aber gehaltvolle Gegenüberstellung ordnungs- bzw. strukturpolitischer und gesellschaftspolitischer bzw. sozialkritischer Gesichtspunkte. Am Ende zeichnete sich eine gewisse Annäherung zwischen scheinbar gegensätzlichen, in Wirklichkeit einander ergänzenden Grundverständnissen von Demokratie als Strukturbegriff und als Bewegungsbegriff ab.

Einen zweiten Höhepunkt der Diskussion bildete die Begegnung der Soziologen mit den theologischen Gesprächspartnern. Man fand zwar auch in diesem zweiten Teil kaum den Weg von der Theorie in die Praxis oder vielmehr: man versuchte es gerade noch im letzten Augen-